



## DIE VERKEHRSWENDE STARTET DURCH

Und das ist erst der Anfang

Seite 4



## DIE KIEZE DENEN, DIE DARIN WOHNEN

Der Gentrifizierung einen Riegel vorschieben

Seite 8



## PR IST KEINE BETEILIGUNG

Der Karstadt-Umbau geht alle an

Seite 10



# NEUKÖLLNER STACHEL

Bündnis 90/Die Grünen Neukölln | Nr. 190, Ausgabe III/2020

## NEUKÖLLN IN DEN BUNDESTAG

Ein Interview mit Andreas Audretsch



### ES GEHT VORAN

Die Wahlen im nächsten Jahr werfen ihre Schatten voraus. Doch weniger die Politik, eher die Menschen bringen sich dafür in Stellung. Sie machen ihr Programm, dessen Umsetzung sie nachher von den Gewählten erwarten. Deutschland klimaneutral, keine neuen Autobahnen, Schluss mit Mietwahnsinn und Profitgier, Nazis raus und endlich eine offene, bunte und solidarische Gesellschaft schaffen.

Ältere fühlen sich vielleicht an die 1970er Jahre erinnert. Doch es ist anders, es ist ernster. Weltweit stehen das Klima und die Ökosysteme vor dem Kollaps, der soziale Kitt zerbröckelt, immer mehr Menschen leben in Armut, immer weniger in unvorstellbarem Reichtum. Und ein wachsender Haufen von Mystiker\*innen und Nazis will die Demokratie aushebeln. Es geht auch, aber nicht nur um Corona.

Vieles muss sich ändern. Doch die meisten Politiker\*innen scheinen nicht mitzukriegen, dass es bei der Bundestagswahl im nächsten Jahr um mehr geht als eine neue Koalition. Es braucht einen Politikwechsel, wenn wir den Raubbau an Natur und Mensch wirklich zurückdrängen wollen. Apropos: Kennen Sie schon Andreas Audretsch, unseren Direktkandidaten für das Neuköllner Bundestagsmandat? Wir sind uns absolut sicher, dass er der richtige Kandidat für diesen Politikwechsel ist. Lernen Sie ihn in dieser Ausgabe kennen.

Die Stachel-Redaktion



Einsatz für Menschenrechte: Andreas Audretsch auf dem Christopher Street Day 2019 in Sarajevo, Foto: privat

### INHALT

- Rechte Anschlagsserie erfordert Untersuchungsausschuss *Seite 3*
- Kieze für Menschen, nicht für Autos *Seite 4*
- Umbenennung Wissmannstraße nimmt Fahrt auf *Seite 5*
- Syndikat ist überall *Seite 6*
- Diskriminierende Werbung verhindern *Seite 7*
- Was zählt, ist im Kopf, nicht auf dem Kopf *Seite 9*
- Die Bepflanzung des RIAS-Geländes in Britz beginnt *Seite 11*
- Clubkultur ist Kultur! *Seite 12*

### WARUM MÖCHTEST DU IN DEN BUNDESTAG?

Die Corona-Pandemie trifft Neukölln im Moment mit ganzer Wucht. Am stärksten trifft es Menschen, die ohnehin wenig haben. Wenn Kinder nicht mehr im Hort essen, wenn Tafeln wegbrechen, stehen viele vor großen finanziellen Schwierigkeiten. Die Bundesregierung gibt Milliarden aus – und das ist auch richtig so. Nur diejenigen, die das wenigste Geld haben, bekommen kaum etwas. Wir sehen das bei Künstler\*innen, bei Freiberufler\*innen, bei Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen und erst recht bei Menschen, die über kein eigenes Einkommen verfügen. Seit wir 2016 im Neuköllner Rathaus die rot-grüne Koalition eingegangen sind, haben wir für mehr Sozialarbeit gesorgt, ein Präventionsteam gegen Obdachlosigkeit aufgebaut und machen eine völlig neue, soziale Mietpolitik. Diese Ziele vor Augen zu haben, hat mich die ganzen Jahre motiviert und angetrieben. Wir

haben viel erreicht, aber wir könnten so viel weiter sein, wenn uns die Bundespolitik nicht immer wieder große Steine in den Weg legen würde.

### WELCHE „GROSSEN STEINE“ MEINST DU? WAS MÖCHTEST DU IM BUNDESTAG FÜR NEUKÖLLN ERREICHEN?

Um mal ein paar Beispiele zu nennen: Seit Jahren kämpfen wir vor Ort um jedes bedrohte Haus. Was uns fehlt, ist ein scharfes Mietrecht auf Bundesebene, das den Kündigungsschutz und Maßnahmen gegen Immobilien-Spekulation stärkt. Jedes zweite Kind in Neukölln ist von Armut bedroht, doch das nötige Geld vom Bund kommt leider viel zu selten bei uns im Bezirk an. Die Bundesregierung hält an der Drei-Klassen-Förderung fest: Reiche Familien kriegen über die Steuer am meisten, andere erhalten Kindergeld und bei den Ärmsten wird das Kindergeld noch mit Hartz IV verrechnet.

Fortsetzung auf Seite 2

# NEUKÖLLN IN DEN BUNDESTAG

Ein Interview mit Andreas Audretsch

Fortsetzung von Seite 1

Und niemand versteht, warum das nicht längst geändert ist. 25 Prozent der Menschen in Neukölln haben keinen deutschen Pass, viele leiden unter Kettenduldungen. Anstatt sichere Aufenthaltstitel zu schaffen, schafft die Bundesregierung weitere Formen kurzfristiger Duldung. So verwehrt man Menschen gezielt den Weg in die Gesellschaft. Es gibt unglaublich viel zu tun.

## DAS WAR SCHON JETZT EINE LANGE LISTE. WAS LIEGT DIR BESONDERS AM HERZEN, WORAUF WILLST DU DICH IN DEINER ARBEIT KONZENTRIEREN?

Drei Themen liegen mir besonders am Herzen: der Kampf gegen Rechts, die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik und die „Eine-Welt-Arbeit“. Wir haben in Neukölln seit Jahren mit einer rechtsextremen Terrorserie zu kämpfen. Die Zivilgesellschaft hält dagegen, ist wachsam, deckt auf, informiert. Wir brauchen dringend Rechtssicherheit für zivilgesellschaftliches Engagement und eine stabile Finanzierung der Arbeit. Wichtig wären zum Beispiel ein Demokratiefördergesetz, ausreichend Geld vom Bund und die Klarheit,

dass politisches Engagement nicht die Gemeinnützigkeit gefährdet. Leider bringt die Große Koalition hierbei nichts zustande. Das muss sich dringend ändern. Zweitens geht es mir um soziale Fragen.

## ...WAS MÜSSTE SICH KONKRET ÄNDERN, UM DIE SOZIALE SITUATION IN NEUKÖLLN ZU VERBESSERN?

Gut 20.000 Menschen im Bezirk beziehen Hartz IV, viele leiden unter Perspektivlosigkeit. Für mich ist klar: Hartz IV hat keine Zukunft, wir brauchen eine neue Grundsicherung. Ich möchte, dass Politik mit Angeboten, Kooperation und Förderung Wege in die Zukunft öffnet und Sicherheit gibt. Das ist wichtig für Langzeitarbeitslose, aber genauso für die vielen Kreativen in Neukölln, wenn sie schwierige Zeiten überbrücken müssen. Es braucht Mut und Unterstützung, sich auf einen neuen Weg zu begeben. Politik sollte Menschen beides geben – und dadurch auch Perspektiven schaffen.

## DU HAST DIE „EINE-WELT-ARBEIT“ GENANNT. WAS GENAU MEINST DU DAMIT?

Wenn es ein Thema gibt, das mich zu einem politischen Menschen

gemacht hat, dann ist es die „Eine-Welt-Arbeit“. Während wir in Deutschland über trockene Sommer klagen, geht es in der Sahel-Zone um Dürren, die tausenden Menschen die Lebensgrundlage nehmen. Wir stecken mitten in der Klimakrise – und das weltweit. Über 800 Millionen Menschen leiden Hunger. Ein riesiges politisches Versagen. Um das zu ändern, müssen wir die Klimakrise so weit wie möglich eindämmen. Wir brauchen 100 Prozent erneuerbare Energien, eine völlig neue, saubere und bessere Mobilität, eine nachhaltige Landwirtschaft und eine andere Wirtschaftspolitik. Das ist eine riesige Chance für alle, in Neukölln genauso wie weltweit. Immer mehr Menschen erkennen das. Mit ihnen allen wollen wir zusammenarbeiten, um die Chance zu ergreifen und umzusteuern.

## SCHWARZ-GRÜN, ROT-ROT-GRÜN ODER GRÜN-ROT-ROT: FÜR WELCHE KOALITION TRITTEST DU EIN?

Wer einfach nur Parteiprogramme nebeneinander legt, merkt, dass wir Grüne die größten inhaltlichen Überschneidungen mit SPD und Linken haben. Eine Präferenz für eine Koalition mit diesen beiden

liegt also nahe. Aber klar ist auch: Ich trete für Grüne Politik an, für sonst nichts.

## DU LEBST SEIT 15 JAHREN IN NEUKÖLLN. WARUM? WAS GEFÄLLT DIR HIER?

Mit „Popraci“, dem Rixdorfer Strohbollenrollen, kann ich das gut erklären. Nicht nur ist das ein wunderschönes Erlebnis an einem sonnigen Spätsommertag, das Fest steckt auch voller Symbolik. Es geht zurück auf protestantische Flüchtlinge aus Böhmen, die im 18. Jahrhundert hierher kamen. Seitdem hat sich Neukölln immer wieder verändert. Es ging dabei stets darum, dass Menschen unterschiedlichster Herkunft gemeinsam ein gutes Leben gestalten. Ich selber bin vor 15 Jahren als Student hierher gezogen und zum Neuköllner geworden. Seitdem arbeite ich daran, dass wir alle in Neukölln eine gute gemeinsame Zukunft haben.



Foto: Erik Marquardt

## ANDREAS AUDRETSCH

- Geboren 1984, seit 2006 in Neukölln
- Bis 2009 Studium und Promotion in Münster, Berlin und Potsdam
- Beruflich zunächst als Journalist und als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig. Seit 2015 Arbeit als Pressesprecher bzw. in der politischen Kommunikation des Bundeswirtschaftsministeriums, des Bundespräsidialamtes und des Bundesfamilienministeriums
- Seit 2009 bei Bündnis 90/Die Grünen aktiv. Von 2013 bis 2016 Mitglied im Vorstand bzw. Sprecher des Vorstandes von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln. Seit 2016 Mitglied des Landesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen Berlin
- Policy Fellow beim Think Tank „Das Progressive Zentrum“
- Mitglied bei ver.di
- Autor und Herausgeber des Buches „Schleichend an die Macht. Wie die Neue Rechte Geschichte instrumentalisiert, um Deutungshoheit über unsere Zukunft zu erlangen“

Weitere Informationen hier: [www.andreasaudretsch.de](http://www.andreasaudretsch.de)

# RECHTE ANSCHLAGSSERIE ERFORDERT UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS

Neukölln-Komplex: Skandale ohne Ende, aber noch immer keine Aufklärung

Es geht um mehr als 70 Straftaten, darunter 23 Brandstiftungen zwischen 2014 und 2018 sowie umfangreiche Datensammlungen durch Tatverdächtige, die persönliche Informationen von fast 590 „politischen Gegner\*innen“ enthalten. Der Neukölln-Komplex rund um eine rechtsextreme Anschlagsserie ist längst zu einer Großermittlung geworden. Doch noch immer fehlen die Ergebnisse.

Statt neuer Erkenntnisse brachten die Sommermonate neue beunruhigende Ungereimtheiten aus den Sicherheitsbehörden ans Tageslicht, die die Zweifel der Betroffenen an den laufenden Ermittlungen weiter wachsen lassen.

## STAATSANWÄLTE ABBERUFEN

Zügig reagierte die Generalstaatsanwaltschaft Anfang August auf den Verdacht der Befangenheit gegen zwei Staatsanwälte, darunter der Leiter der Staatsschutzabteilung, und zog diese von den Ermittlungen ab. Die Vorwürfe, die sich auf intern nicht gemeldete Aussagen eines Tatverdächtigen stützten, waren erst im Nachgang der Abberufung durch die Generalstaatsanwaltschaft öffentlich geworden. Hier wurde also zügig reagiert.



Foto: Dirk Gernandt

Davon kann im Fall eines Polizisten jedoch keine Rede sein, der Teil der ehemaligen Einsatzgruppe Rechts-Extremismus im Süden Neuköllns war und gegen den nun Ermittlungen wegen eines rassistisch motivierten Angriffs auf Geflüchtete laufen. Er ist weiterhin im gleichen Zuständigkeitsbereich in Rudow tätig, in dem sich viele der Anschläge ereignet haben.

Für Erstaunen sorgte auch die Veröffentlichung der Landesdatenschützerin, die weiterhin auf Aufklärung durch die Polizei bezüglich fragwürdiger Abfragen wartet. Von Polizeicomputern wurden persönliche Daten von Betroffenen der Anschlagsserie ohne ersichtlichen Grund abgerufen. Doch die Polizei

mauert bisher, und die von Andreas Geisel geführte Innenverwaltung stellt keine Transparenz her.

## UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS NOTWENDIG

Die Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung (BVV) hat unter anderem aufgrund dieser Vorfälle auf ihrer Sitzung am 27.08.2020 eine Entschließung zur schnellen Einsetzung eines\*r Sonderermittler\*in sowie der Bildung eines Untersuchungsausschusses im Abgeordnetenhaus verabschiedet. Damit hat die BVV eine langjährige Forderung der Betroffenen aufgegriffen.

Schließlich zeigt auch der Schlussbericht der Ermittlungsgruppe „BAO Fokus“, die die Anschlagsserie seit 2019 untersucht hat, großen Handlungsbedarf. Der Bericht macht deutlich, dass die Tatverdächtigen zwar bekannt sind, aber Beweise weiterhin fehlen.

## POLITISCHE AUFARBEITUNG NÖTIG

Der Innensenator hat die Einsetzung eines solchen Teams von Sonderermittler\*innen bereits angekündigt. Dieses Team steht vor der Herausforderung, die Serie von Ermittlungsspannen aufzuklären und endlich

gerichtsferne Resultate für die Ermittlungsarbeit finden zu müssen.

Die Fraktionen im Abgeordnetenhaus müssen sich zeitnah an die Erstellung eines detaillierten Untersuchungsauftrages zur politischen Aufarbeitung der Anschlagsserie und der damit verbundenen Ermittlungsspannen im Rahmen eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses machen. Dabei müssen die Betroffenen und zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen eingebunden sowie die nicht aufgeklärten Morde an Burak Bektaş und Luke Holland sowie die Anschlagsserie in den Jahren 2010–2012 mit einbezogen werden.

Die Politik ist es den Betroffenen und der aktiven Zivilgesellschaft schuldig, für umfassende Aufklärung der Vorkommnisse zu sorgen. Denn wir dürfen es nicht zulassen, dass antifaschistisch Engagierte, die sich täglich für die Demokratie im Bezirk einsetzen, weiter in Unsicherheit und Angst leben müssen.



André Schulze,  
Mitglied der  
Grünen Fraktion in  
der Bezirksverordneten-  
versammlung  
Neukölln

LOCAL  
HEROES

## CLEANUP UND YOGA IM KÖRNERPARK



Foto: Sami Nanno

### WER SEID IHR UND WIE KAM ES ZU CLEANUP UND YOGA?

Wir sind Sascha und Rosa. Sascha lebt im Körnerkiez und bietet von Montag bis Freitag Yoga-Unterricht im Körnerpark an. Durch seinen täglichen Aufenthalt im Körnerpark

ist ihm die Müllproblematik nicht entgangen und er wollte dagegen aktiv werden. So kam ihm die Idee, seine Yoga-Stunden mit einer Müllsammel-Runde zu verbinden.

Rosa arbeitet im Bereich der Stadtteilarbeit im Nachbarschaftshaus

am Körnerpark und hat in diesem Rahmen auch schon Kiezputze organisiert. Entsprechend rannte Sascha, als er mit seinem Vorschlag zum Nachbarschaftshaus kam, offene Türen bei ihr ein.

### WIE LÄUFT ALLES AB UND WER MACHT MIT?

Seit diesem Sommer treffen sich Anwohner\*innen verschiedenster Kulturräume, Alters- und Gesellschaftsschichten jeden Mittwoch zu einer Gratisstunde Yin Yoga. Danach schnappen sie sich Greifzangen, streifen sich Handschuhe über, bewaffnen sich mit Mülltüten und ziehen los, um im Kiez achtlos weggeworfenen Müll aufzusammeln. Neben Kronkorken,

Kippenstummeln und allerlei Plastikverpackungen finden sich hier auch regelmäßig Spritzen und andere Utensilien von Fixer\*innen.

### WAS SIND EURE WÜNSCHE FÜR DIE ZUKUNFT?

Wir würden uns wünschen, dass noch mehr Leute bei unseren Aufräumaktionen mitmachen. Dafür gibt es dann kostenlos Yoga, aber nicht umsonst. Wir wollen nicht nur anderer Leute Müll beseitigen, sondern auch darauf aufmerksam machen, dass die Verwendung von Einweg-Verpackungen eingeschränkt werden muss.

# DIE VERKEHRSWENDE STARTET DURCH

Es ist viel passiert. Und das ist erst der Anfang

2020 ist ein Jahr voller Veränderungen. In den letzten Monaten ist die Verkehrswende auch in Neukölln noch sichtbarer geworden. Hier gilt wie überall in Berlin: der Radverkehr boomt. Berlinweit hat er im Jahresvergleich um rund ein Viertel zugenommen.

## RADFAHREN WIRD SICHERER

Mehr grünmarkierte Radwege, tausende neue Abstellbügel, das neu gestaltete Weigandufer als Fahrradstraße, geschützte Radstreifen am Kottbusser Damm, der Karl-Marx-Straße oder der Blaschkoallee: Es ist viel passiert, was das Leben der Fahrradfahrer\*innen sicherer und komfortabler macht – auch und gerade in Neukölln. Wir sind noch lange nicht am Ziel, aber Berlin wird jeden Tag fahrradfreundlicher. Auch dank der engagierten Arbeit der Neuköllner Grünen in der BVV, den fleißigen Mitarbeiter\*innen im Bezirksamt, den Bezirksverordneten und den vielen Aktiven vor Ort.

Gemeinsam treiben wir unsere im Mobilitätsgesetz verankerte Vision der Stadt der Zukunft voran: Wir sorgen dafür, dass die Berliner\*innen klimafreundlich, sicher und barrierefrei durch die Stadt kommen. Auch wenn die Abstimmungen manchmal komplexer als erhofft sind, tun wir alles dafür, dass die Hermannstraße im kommenden Jahr so gestaltet wird, dass Radfahren dort keine Mutprobe mehr ist. Die Weserstraße wird zur längsten Fahrradstraße Berlins umgebaut. Beide Projekte werden u. a. durch die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz finanziert.

## ÖPNV AUSBAUEN

Die Mobilitätswende ist gelebter Klimaschutz. Das Verbrennen von Benzin und Diesel ist für rund 30 Prozent des Berliner CO<sub>2</sub>-Ausstoßes verantwortlich. Nur mit einem schnellen Absenken der Emissionen kann Berlin seine Klimaziele erreichen. Das umzusetzen, wird



Foto: Ralf Schmidt-Pleschka

in den kommenden Jahren viel Anstrengung und Durchhaltevermögen erfordern.

Dazu gehört für uns auch, dass wir den ÖPNV noch besser machen. Nicht zuletzt aus meinen Besuchen in Neukölln weiß ich, dass die Verlängerung der U7 und die Verkehrssituation am U-Bahnhof Rudow wichtige Anliegen sind. Daher freue ich mich, dass noch dieses Jahr die Machbarkeitsstudie zur U7-Verlängerung bis zum Flughafen BER

präsentiert werden kann. Damit haben wir eine gute Grundlage, um zu entscheiden, wie wir den ÖPNV auch im Süden von Neukölln stärken können. Darüber hinaus werden wir auch den 10-Minuten-Takt beim Bus deutlich ausweiten und neue Rufbus-Konzepte erproben. So schaffen wir die Voraussetzungen, dass immer mehr Neuköllner\*innen ohne eigenes Auto mobil sein können.

Die aktuellen Auseinandersetzungen um die Mobilitätswende in Berlin zeigen, dass es auch auf Grüne Konzepte und Aktive vor Ort ankommt. Nur wenn wir mit unseren neuen Konzepten einer menschenfreundlichen Stadt überzeugen, werden wir auch die notwendige Unterstützung bei der Umsetzung haben.



Regine Günther,  
Senatorin für Umwelt,  
Verkehr und Klimaschutz

# KIEZE FÜR MENSCHEN, NICHT FÜR AUTOS

Von modalen Filtern, Kiezblocks und einer Stadt für alle



Foto: Saskia Ellenbeck

Vision Zero, Klimaschutz, Luftqualität, öffentlicher Raum für alle, Ruhe – die Liste der Gründe für viel weniger Autos in urban geprägten Gebieten ist lang. Allein die Instrumente fehlen.

In Neukölln wird derzeit an der vierten Anschlussstelle für die A100 gebaut – mit fatalen Folgen: Die Autoflutungen ergießen sich schon jetzt auf die Altbaukiese im Norden – bisher weitestgehend ohne ein Ver-

kehrskonzept oder verkehrslenkende Maßnahmen.

## ALTE PLANUNGSEIDEN SIND NICHT HILFREICH

Eine überkommene „Philosophie der offenen Netze“ (natürlich Kfz-Netze) hat in Berlin dazu geführt, dass es kaum Beschränkungen für den Autoverkehr gibt, weder Einbahnstraßen noch sonstige verkehrslenkende Maßnahmen. Die Echtzeitnavigation, die jeden kleinsten Ampelstau durch Umfahrungen im Kiez noch befördert, hat ihr Übriges getan. Da Kieze aber in keiner Weise auf diese Kfz-Flut eingerichtet sind – es gibt keine Ampeln, dafür Kopfsteinpflaster, enge Bebauung und viel Fuß- und Radverkehr – formiert sich überall Widerstand. Gerade für Kinder und ältere Menschen wird der Weg durch den Kiez zum Spießroutenlauf – ein Umdenken ist dringend notwendig. Denn der Platz in den Kiezen könnte viel gerechter verteilt werden. So

bemängelt etwa die Initiative „ParkplatzTransform“ die hohe Zahl an Parkplätzen im öffentlichen Raum, etwa im Schillerkiez.

## KIEZE FÜR ALLE

Welcher Gewinn durch eine Umwidmung – oder juristisch korrekt „Teileinziehung“ – für den Kiez entstehen kann, lässt sich am Böhmischem Platz ablesen. Dort, wo Menschen vorher vor allem ihre Autos abstellten, ist nun, nach der Öffnung des Platzes, viel Raum für alle Kiezbewohner\*innen entstanden. Solche Plätze dürfen keine Einzelfälle bleiben. Es braucht viel mehr Ruheoasen in der Stadt – dezentral und von den Anwohner\*innen gestaltet.

Wichtig dabei sind modale Filter. Sie durchbrechen mit Hilfe von Pollern, Plätzen und anderen Mitteln die Durchfahrtsrouten von Autos und entlasten so die Kieze vom unerwünschten Schleichverkehr. Sie sind zentrales Element des Konzep-

tes für menschenfreundliche Kieze und sollten breit umgesetzt werden. Unabdingbar für eine erfolgreiche Umsetzung dieses Konzepts ist das lokale Wissen und die Unterstützung der Anwohner\*innen. Denn die Kieze für die Menschen zurückzugewinnen, ist mitnichten nur ein verkehrspolitisches Projekt. Es ist Teil einer sozial-ökologischen Stadtentwicklung, die den Menschen, seine sozialen Beziehungen und das kleinräumliche Umfeld in den Blick nimmt.



Saskia Ellenbeck,  
Netzwerk Fahrrad-  
freundliches Neukölln

# UMBENENNUNG WISSMANNSTRASSE NIMMT FAHRT AUF

Drei Namensvorschläge von Jury ausgewählt



Symbolische Umbenennungsaktion  
„Wissmann muss weg“ im Jahr 2017  
Foto: Christian Hoffmann

Bereits im März 2018 hatte die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Neukölln beschlossen, dass die Wissmannstraße (in der Nähe des Hermannplatzes gelegen) umbenannt werden soll. Diese ist bisher nach dem Kolonialverbrecher Hermann von Wissmann benannt, der den Widerstand gegen die deutsche Kolonialherrschaft im damaligen Deutsch-Ostafrika brutal niederschlug. Die Grünen Neukölln fordern gemeinsam mit postkolonialen und

antirassistischen Initiativen seit vielen Jahren die Umbenennung der Straße. Im Juni startete das Bezirksamt den Beteiligungsprozess zur Umbenennung, in dessen Verlauf 429 Vorschläge für einen neuen Namen eingegangen sind, aus denen eine Jury anschließend drei Vorschläge auswählte. Im September traf sich die Auswahljury bestehend aus drei Anwohner\*innen, dem Leiter des Neuköllner Museums, einem Kulturwissenschaftler und jeweils einem\*r Vertreter\*in von Berlin Postkolonial e.V. sowie der Werkstatt der Kulturen/Oyoun zu Auswahlgesprächen.

## NAMENSGEBERINNEN AUSGESUCHT

Folgende drei Namen wurden ausgewählt:

**Platz 1:** Frau Nduna Mkomani (77x vorgeschlagen) engagierte sich als Wangoni-Herrscherin im Maji-Maji-Krieg gegen die illegale deutsche Besetzung in Ostafrika. Sie erreichte eine deutliche Ausweitung des anticolonialen Kampfes und ein-

te den Widerstand, deswegen wurde sie 1906 als einzige Frau zusammen mit 67 männlichen Anführern von Deutschen hingerichtet.

**Platz 2:** Die 1934 geborene Lucy Lamek (54x vorgeschlagen) war eine der ersten Frauen im tansanischen Parlament und die erste Frau im Kabinett. Als Ministerin für Kommunalentwicklung und Gesundheit initiierte sie viele Gesetzesvorlagen zur Verbesserung der Rolle der Frau in der tansanischen Gesellschaft.

**Platz 3:** Fasia Jansen (7x vorgeschlagen) wurde 1929 in Hamburg geboren und von den Nazis als Schwarze zum Küchendienst ins KZ Neuengamme zwangsverpflichtet. Ihre dortigen Erfahrungen prägten ihren weiteren Lebensweg als Liedermacherin und Friedensaktivistin. Für ihr Engagement erhielt sie 1991 das Bundesverdienstkreuz.

## FINALER BESCHLUSS DURCH BVV

Es war stets ein zentrales Anliegen der Grünen Fraktion, dass gerade in dieser Straße in Zukunft an antiko-

loniale und antirassistische Kämpfe erinnert und eine entsprechende Akteurin durch die Namensgebung gewürdigt wird, denn die Rolle der Frauen als Akteurinnen im anticolonialen Widerstand sollte besonders gewürdigt werden. Die BVV entscheidet nun, wem die Ehre der Benennung zuteilwerden soll. Ziel ist ein Beschluss vor Jahresende, um nach über 15 Jahren des politischen Kampfes die Umbenennung noch in dieser Wahlperiode abschließen zu können.



Christian Hoffmann & André Schulze,  
Mitglieder der Grünen Fraktion in  
der Bezirksverordnetenversammlung  
Neukölln

TYPISCH  
NEU  
KÖLLN

## MAUER-ALARM

Seit zwanzig Jahren gehe ich fast täglich durch die kleine Grünfläche an der Wissmannstraße zu den Einkaufsläden an der Hasenheide. Doch eines Tages versperrte mir eine über Nacht vollendete Betonmauer den Weg. Keine Chance, sie elegant zu umgehen. Man müsste schon 200 Meter zurück und über die vermüllte Treppe, wo sich die Junkies treffen, runter zum Baumarkt. Das will niemand. Warum auch? Jahrzehnte lang waren alle im Kiez sehr glücklich mit der Abkürzung über den Trampelpfad.

Jetzt stehen wir hier – fünf, sechs gleichermaßen konsternierte Mit-Neuköllner\*innen haben sich mit mir vor der Mauer eingefunden –, sehen uns fassungslos an, steigen in einer konzertierten Aktion des zivilen Ungehorsams auf das Bollwerk und springen auf



Foto: Ralf-Schmidt-Pleschka

der anderen Seite hinunter. Bald wird es hier wohl die ersten Verletzten geben.

Wer zum Donnerwetter macht es sich zur Aufgabe, mitten in Neukölln eine Mauer zu bauen, die

friedliche Einkäufer\*innen zu Umwegen in den Müll- und Angstraum hinter dem Baumarkt zwingt? Ich fasse es nicht. „Mauern könnt ihr bauen, Löcher stopfen nicht“, hat jemand in grellem Pink auf die

hässliche Betonbarriere gesprüht. Wer immer sich das ausgedacht hat, es gibt nur eine Antwort: Die Mauer muss weg! RSP

# SYNDIKAT IST ÜBERALL

In einer Stadt ohne Freiräume kann es keine Freiheit geben!

Am 7. August wurde im Schillerkiez die Kiezneipe „Syndikat“ geräumt. Damit wurde ein weiteres Stück Kiezkultur aus dem Herzen unseres Bezirkes gerissen, das dort seit 1985 existierte. Der Mietvertrag des Kneipenkollektivs war zuvor nach über 35 Jahren gekündigt worden. Der neue Eigentümer lehnte Gespräche ab und versteckte sich hinter einer anonymen Briefkastenfirma. Erst mühsame Recherchen konnten die Identität des Immobilienimperiums Pears Global aufdecken, das weltweit die Gentrifizierung vorantreibt: Kieze werden aufgewertet und teurer, so werden Stück für Stück nicht nur Anwohner\*innen, sondern auch unkommerzielle Freiräume, aber auch lokales Kleingewerbe verdrängt.

Der Schillerkiez solidarisierte sich mit dem Syndikat und kämpfte gemeinsam für den Erhalt der Kiezkultur. Freiräume wie das Syndikat werden dringend benötigt, um sich zu vernetzen, auszutauschen und zu organisieren – gerade in diesen Zeiten, nach Hanau, Halle, NSU 2.0.

## DER SCHILLERKIEZ IM BELAGERUNGSZUSTAND

Am 6. und 7. August sperrte die Po-

lizei mit insgesamt über tausend Beamt\*innen – davon über 150 Zivilpolizist\*innen – die Gegend um das Syndikat weiträumig ab. Die Nachbarschaft wurde durch Hub-schrauber, Sperren und Flutlichter beeinträchtigt, angemeldete Demonstrationen und Kundgebungen wie die der Grünen Jugend Neukölln wurden untersagt oder verlegt.

Auch im Nachgang der Räumung zeigte die Polizei verstärkte Präsenz im Kiez. Anscheinend wurde sogar die Wohnung über dem Syndikat von der Polizei zu Überwachungszwecken betreten, wie eine Anfrage der Grünen Wahlkreisabgeordneten Susanna Kahlefeld, die sich für den Erhalt des Syndikats eingesetzt hatte, zutage brachte. Dieser überdimensionierte Polizeieinsatz hat viel Vertrauen zerstört.

## IST RECHT AUCH GERECHT?

Allen sollte klar sein: Maßnahmen, die wir in Parlamenten beschließen, sind allein nicht ausreichend. Im kapitalistischen System werden wir diese Kämpfe auch von aktivistischer Seite immer wieder führen müssen. Das langfristige Ziel muss die Überwindung der kapitalisti-

schen Verwertungslogik sein. Bis dahin tobt der Kampf um Flächen und die Immobilienpreise steigen. Wenn das Eigentumsrecht der Investoren stärker geschützt wird als die Freiräume der Kiezugemeinschaft, kann von Gerechtigkeit keine Rede sein. Gesetze müssen gerechter werden!

Wir sagen: Wenn Recht zu Unrecht wird, muss das Recht gerechter werden! Gerade deswegen muss eine rot-rot-grüne Koalition unkommerzielle Orte und Nischen in einer freiheitlichen Gesellschaft schützen. Neue Häuser in urbanen Gebieten sollten z.B. ihre Erdgeschosse zu bezahlbaren Preisen langfristig zur Verfügung stellen. Öffentliche Liegenschaften sollten grundsätzlich zum Ausgleich von wegfallenden Kultur- und Kiezeinrichtungen genutzt werden. Mit Milieuschutz und Mietendeckel machen die rot-rot-grüne Landes- und Lokalpolitik im Rahmen des Wohnmietrechts, was sie können, doch ihr Einfluss ist begrenzt.

## DEN KAMPF AUF DIE BUNDESEBENE TRAGEN

Denn Mietrecht ist Bundesrecht – und gerade beim Gewerbemietrecht herrscht dort Wilder Westen. Egal, ob

Clubs, Kitas oder der Bäcker nebenan – niemand kann sich sicher sein. Selbst Abgeordnete und Stadträte können oft nicht viel tun und treten als Bittsteller auf, weil ihnen schlicht legale Hebel fehlen, denn Mietrecht ist Bundesrecht. Im September 2021 ist Bundestagswahl und wir hoffen auf ein progressives Bündnis, welches dieses Thema oben auf die Agenda setzt. Wir brauchen Schranken für Vermieter\*innen und Investor\*innen, damit diese unsere Stadt nicht länger als Spekulationsobjekt nutzen. Für weniger Shareholder Value und mehr „die Häuser denen, die drin wohnen. Die Kneipen denen, die drin saufen“.



*Philine Niethammer ist Sprecherin der Grünen Jugend in Neukölln und mag Freiräume.*

*Georg P. Kössler ist Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und als Parlamentarischer Beobachter oft da, wo es brennt.*

# KLIMA-BÜRGER\*INNENRAT FÜR BERLIN

Mehr direkte Demokratie ermöglichen

Die erste Hürde dürfte genommen sein, wenn dieser Text erscheint: mindestens 20.000 Unterschriften für einen Klima-Bürger\*innenrat für Berlin. Die von „Klimaneustart Berlin“ gestartete Volksinitiative wird von zahlreichen Initiativen und Organisationen getragen. Ihr gemeinsames Ziel: die Einberufung und Organisation eines Klima-Bürger\*innenrates in Berlin. Bereits 2019 war der Zusammenschluss aktiv und verbuchte einen großen Erfolg mit seiner Volksinitiative zur Anerkennung der Klimanotlage in Berlin.

## WAS IST EIN BÜRGER\*INNENRAT?

Von Bürger\*innenräten ist gerade viel die Rede. Gemeint sind damit Gremien, die aus gelosten Bürger\*innen bestehen und eine beratende Funktion für die Politik übernehmen.

Dafür können z.B. Menschen aus dem Melderegister angeschrieben werden; wenn sie Zeit und Lust haben, an dem Thema mitzuarbeiten, erklären sie sich zum Mitmachen bereit. Aus ihnen wird dann die benötigte Anzahl ausgelost, möglichst repräsentativ. Das heißt, die Interessierten werden nach Geschlecht, Alter, Herkunft etc. sortiert, anschließend werden aus diesen Gruppen Menschen ausgelost. Auch die Initiative „Klimaneustart“ möchte einen repräsentativ gelosten Bürger\*innenrat bilden. Der Rat soll dann Maßnahmen für ein klimaneutrales Berlin entwickeln, dabei wird er begleitet von Fachleuten aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

## VORBILD FRANKREICH

In Frankreich hat gerade ein nationaler Klima-Bürger\*innenrat seine

Arbeit beendet und Maßnahmen zum Klimaschutz vorgelegt: 150 Bürger\*innen haben von Ernährung über Landwirtschaft, Transportwesen bis hin zum neuen Straftatbestand Ökozid 149 konkrete politische Forderungen formuliert, begleitet von Wissenschaftler\*innen, Fachleuten und einer breiten Öffentlichkeit. Präsident Macron hat die Umsetzung fast aller Punkte zugesagt.

## BÜRGER\*INNENRÄTE SIND GUT FÜR DIE DEMOKRATIE

Das Format der Bürger\*innenräte hat sich bewährt, wenn es darum geht, Interessenkonflikte ausdiskutieren und konsensfähige Lösungen für kontroverse Probleme zu erarbeiten. Durch die repräsentative Auswahl kommen auch Menschen zu Wort, die sonst schweigen oder zu leise sind.

Zentral dabei sind der Dialog, bei dem alles auf den Tisch kommt, aber auch der wissenschaftliche Input. Sie bereichern damit die repräsentative Demokratie mit ihren Parlamenten und Parteien. In Berlin kommt noch dazu, dass der Bürger\*innenrat durch eine Volksinitiative gefordert wird, dieses Dialogverfahren also mit direktdemokratischen Mitteln auf den Weg gebracht wird. Doppelt gut.

## Weitere Infos:

[www.klimaneustart.berlin](http://www.klimaneustart.berlin)

[www.buergerrat.de](http://www.buergerrat.de)

[www.mehr-demokratie.de](http://www.mehr-demokratie.de)



*Susanna Kahlefeld MdB, Sprecherin für Partizipation, Beteiligung und Europa*

# DISKRIMINIERENDE WERBUNG VERHINDERN

Senat beschließt Konzept gegen sexistische und diskriminierende Werbung



Foto: Mika-unsplash

Wir alle werden täglich mit Werbung konfrontiert. Sie prägt unsere Vorstellungen von gesellschaftlichen Rollenbildern, Normen und Werten. Sie beeinflusst, welche Ideale und Einstellungen in unserer Gesellschaft vorherrschen. Sexistische und diskriminierende Inhalte haben im öffentlichen Raum deshalb nichts verloren.

## WERBERAT ZU SCHWACH

Leider begegnen uns auch in Berlin immer wieder Bilder, die Menschen stereotypisieren oder herabwürdigen. Bisher konnten Beschwerden nur beim Deutschen Werberat, einem Selbstkontrollorgan der Werbewirtschaft, eingereicht werden. Dort wird jedoch nur jeder dritten beanstandeten Werbung stattgegeben. Außerdem kann er in diesen Fällen lediglich eine Rüge aussprechen. Das reicht uns nicht!

Seit vielen Jahren kämpfen wir gemeinsam mit frauenpolitischen Initiativen dafür, dass Berlin ein Ort wird, an dem sexistische und diskriminierende Werbung keinen Platz mehr erhält. Im Jahr 2014 haben wir den ersten Antrag gestellt (Drs.17/1470), später konnten wir dieses Ziel in den Koalitionsvereinbarungen verankern. Und ich freue mich sehr, dass es jetzt umgesetzt wurde.

## SENAT BESCHLIESST RAHMENKONZEPT

Die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz hat in den neu geschlossenen Verträgen für die Außenwerbung in Berlin sichergestellt, dass sexistische und diskriminierende Werbung ausgeschlossen ist. Auf öffentlichen

Flächen müssen sich alle Werber\*innen daranhalten. Allerdings betreffen die meisten Beschwerden private Werbeflächen. Hier hat der Senat nicht die Möglichkeit, beanstandete Werbung zu verbieten.

Um sie dennoch zu vermeiden, hat die Landesstelle für Gleichbehandlung und gegen Diskriminierung (LADS) ein Rahmenkonzept erarbeitet. Das Herzstück des Konzepts ist die Einrichtung eines unabhängigen Gremiums von Expert\*innen aus unterschiedlichen Handlungsfeldern der Antidiskriminierungsarbeit. Das Gremium nimmt fachliche Prüfungen der beanstandeten Werbung vor und spricht Handlungsempfehlungen aus. Über ein Online-Formular können hier Beschwerden gegen Werbung mit diskriminierenden und sexistischen Inhalten eingereicht werden.

## BUNDESPOLITIK GEFRAGT

Die Arbeit des Gremiums wird dazu beitragen, für das Thema weiter zu sensibilisieren und über die Folgen aufzuklären. Allerdings muss auch auf Bundesebene reagiert werden. Auch auf Werbeflächen der BVG und der S-Bahn wollen wir keine sexistische und diskriminierende Werbung mehr sehen. Es ist also noch viel zu tun.



Anja Kofbinger  
MdA, Sprecherin für  
Frauen-, Gleichstellungs- und Queerpolitik

# VERSCHWÖRUNGS-MYTHEN SIND KEINE MEINUNG

„Hygienesymptome“ sind nicht mit Grünen Werten vereinbar



Foto: Grüne Jugend

Seit März gehen Samstag für Samstag unterschiedlichste Menschen auf die Straße. Sie schließen sich vorgeblich zusammen gegen Corona, „Hygienesymptome“ und Maskenpflicht. Gemeinsam bedeutet in diesem Fall: Familien mit Kindern, Hippies, Reichsbürger\*innen, Identitäre, Verschwörungstheoretiker\*innen und nicht zuletzt gewaltbereite Nazis. Insgesamt eine „braun gemischte“ Masse, die sich in den meisten Punkten uneinig ist und deren einziger gemeinsamer Nenner in der Ablehnung der aktuellen Regierung beziehungsweise ihrer momentanen Krisenpolitik besteht.

## LINKE UND RECHTE GLEICHERMASSEN?

Nach außen wirken die Proteste heterogen und irritierend. Regenbogenfahne und Reichskriegsflagge passen nicht zusammen. Auf diesen Demos sind sie jedoch beide vertreten. Die Demonstrationen haben sich zu einem Sammelbecken für rechte Organisationen entwickelt, die faschistischen, diskriminierenden und antisemitischen Positionen eine Bühne bieten. Die Tendenz war von Beginn an da, sowohl in den Positionierungen als auch der Inszenierung. Deshalb gab es auch von Beginn an Gegenproteste, organisiert von linken Gruppierungen, die sich zunächst im Bündnis „Reclaim Rosa-Luxemburg-Platz“ zusammengefunden haben. Deshalb muss der oft genannten Behauptung, dass sich auf den Demos „sowohl Linke und Rechte gleichermaßen“ befänden, eindeutig widersprochen werden.

## GEFÜHLTE WAHRHEITEN

Doch auch wenn der Protest durch rechte Gruppierungen geprägt ist, lässt sich nicht abstreiten, dass auch einzelne Menschen aus dem Grünen Milieu glauben, dort Anschluss zu finden. Doch eine Teilnahme an den Demos ist mit Grünen Werten wie einer bunten, vielfältigen und solidarisch handelnden Gesellschaft nicht vereinbar. Sicher gibt es einen Zusammenhang zwischen den dort vertretenen Verschwörungsideologien mit Teilen der Homöopathie-Befürworter\*innen und Impfgegner\*innen. Die Grundlage ist letztlich dieselbe: aus gefühlten Wahrheiten, die über wissenschaftlich nicht repräsentative Einzelfälle vermeintlich bestätigt werden, wird eine Theorie konstruiert, die alle eventuellen Widersprüche in sich aufnimmt und diese als geplante Verschwörungen abtut.

Deshalb dürfen solche „Theorien“ und Mythen nicht als Meinung aufgefasst und behandelt werden. Hier gilt es als Demokrat\*innen eindeutig Position zu beziehen und derartige Mythen als solche zu benennen!



Foto: June Tomiak

Philine Niethammer und Tjado Stemmermann, Sprecher\*innen der Grünen Jugend Neukölln. Beide sind im Übrigen der Meinung, dass das Syndikat lebt!

# DIE KIEZE DENEN, DIE DARIN WOHNEN

Der Gentrifizierung einen Riegel vorschieben

Neukölln ist seit Jahren von rasant steigenden Mieten schwer betroffen. Doch die Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD verschläft, diesem Mietenwahnsinn effektiv entgegenzutreten und gierige Immobilienspekulant\*innen in die Schranken zu weisen. Umso wichtiger für uns Grüne, mit Milieuschutzgebieten und dem Vorkaufsrecht die Instrumente zu nutzen, die im Bezirk zur Verfügung stehen. Ganze 17 Mal konnten unser Grüner Bezirksstadtrat Jochen Biedermann und sein Team das Vorkaufsrecht ausüben und damit 689 Wohneinheiten Spekulant\*innen entziehen. Hinzu kommen 39 Abwendungsvereinbarungen, die den Besitzer\*innen Auflagen im Sinne des Mieter\*innenschutzes auftragen. In Verbindung mit dem Mietendeckel konnten wir so die notwendige Atempause für viele Neuköllner\*innen schaffen. Ein Erfolg, der nur möglich ist, weil Hausgemeinschaften untereinander zusammenhalten und sich gemeinsam mit Politik und Verwaltung gegen den Ausverkauf unserer Kieze wehren. Diesen Schulterschluss werden wir aufrechterhalten. Auf die sieben Milieuschutzgebiete in Neukölln sollen weitere folgen. Fest steht aber: Die Bundesregierung muss endlich handeln, bestehende Rechtslücken schließen und die Bewohner\*innen und Bezirke stärken, um den Ausverkauf der Neuköllner Kieze nachhaltig zu beenden.

## FÜR KIEZE MIT CHARAKTER

Ein wichtiges politisches Ziel bleibt für uns der Schutz der bestehenden vielfältigen Gewerbe und Initiativen. Derzeit sind sie alle dem angespannten Mietmarkt schutzlos ausgeliefert. Cafés, Schuhmacher\*innen und Kitas, nicht-kommerzielle Projekte, Vereine und Stadteilläden machen die Neuköllner Kieze aus. Statt also an der Bezirksgesellschaft vorbei von einem überdimensionierten Neubau am Hermannplatz zu träumen, möchten wir diese dezentrale Infrastruktur schützen und zivilgesellschaftlichen Initiativen mehr Räume für ihre Arbeit zur Verfügung stellen. Eine zügige Reform des Gewerbemietrechts durch die Bundesregierung ist notwendig, doch offenbar mit den Stimmen von SPD und CDU/CSU nicht zu bekommen.

## ÖFFENTLICHEN RAUM NEU DENKEN

Ein Blick in unsere Kieze offenbart auch, dass sie einer enormen Verkehrsbelastung ausgesetzt sind. Autos verschmutzen die Luft und nehmen den Menschen den Platz im öffentlichen Raum. Deshalb hat unsere Grüne BVV-Fraktion in den vergangenen Jahren daran gearbeitet, dass die Radinfrastruktur in Neukölln im Norden wie im Süden des Bezirks ausgebaut wird. Und dank des reaktivierten FahrRats können zivilgesellschaftliche Initiativen ihre

Seit diesem Sommer erarbeiten wir Grüne Neukölln als Kreisverband unser Programm für die Kommunalwahl im Herbst 2021. Mit unserem politischen Angebot werden wir uns weiterhin für ein sozial gerechtes und ökologisches Neukölln sowie gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe für alle einsetzen. Intensiv sprechen wir derzeit z.B. über Stadtentwicklung und Verkehrslenkung. Hier rücken wir die Bedarfe der Kieze und der Anwohner\*innen in den Mittelpunkt. Für uns ist völlig klar, dass Klimaschutz auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit ist. Dass öffentlicher Raum für alle gestaltet wird. Dass wir uns solidarisch zeigen und mit den Menschen aufstehen, die unter Hass und Hetze leiden. Und dass unser Feminismus alle Menschen ermächtigt, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Diese Ziele wollen wir im Schulterschluss mit der Bezirksgesellschaft erreichen. Gemeinsam schaffen wir es, dass die Politik nicht nur einigen, sondern allen zugutekommt.

verkehrspolitische Expertise in laufende Planungsprozesse einbringen. Der einseitige Fokus früherer Bezirkspolitik auf das Auto hat damit ein Ende gefunden.

## DIE ZUKUNFT IST GRÜN

In den kommenden Jahren werden wir in verkehrspolitischen Fragen unseren Blick noch mehr in die Kieze richten. Als Dreh- und Angelpunkte des öffentlichen Lebens müssen sie auf engstem Raum Platz für Wohnen, Arbeit und Freizeitgestaltung, für Gastronomie, Spielplätze, Gewerbe und Grünflächen bieten. Insbesondere im dicht bebauten Norden unseres Bezirks mit versiegelten Wohnvierteln und wenig Grünflächen ist es besonders wichtig, öffentlichen

Raum neu aufzuteilen. Denn alle Menschen, die in beengten Wohnverhältnissen leben, brauchen Orte für Begegnung, Erholung, Spiel und klimafreundliche Mobilität. Hierfür werden wir uns bezirkspolitisch auch in Zukunft einsetzen.



Vivian Weitzl und Philmon Ghirmai  
Vorstandssprecher\*innen von  
Bündnis 90/Die Grünen Neukölln

## DREI FRAGEN AN... CHRISTA EMDE,

neues Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln

### WAS HAT DICH IN DIE POLITIK GETRIEBEN?

Politisiert hat mich das Fahrradfahren. Als ich 1997 nach Neukölln zog, war von einer Fahrradweginfrastruktur wenig zu merken. Dennoch war das Rad mein liebstes Fortbewegungsmittel. Ich wurde beim ADFC aktiv und begann mit Stadtführungen „Neukölln per Rad“. Anfang der 2000er Jahre wurde ich gefragt, ob ich nicht in der AG Stadtentwicklung bei den Grünen mitmachen wolle. Und ich merkte schnell, dass man über eine Partei sehr viel näher an politischen Entscheidungen ist. Ich wurde Bürgerdeputierte im Verkehrsausschuss. 2006 berief die damalige CDU-Baustadträtin den ersten Fahr-

Rat ein. Leider änderte sich nicht viel. Das Auto stand im Mittelpunkt. Erst die Feinstaubproblematik rückte eine klimafreundliche Mobilität in den Mittelpunkt.

### WO SIEHST DU DIE DRINGENDSTEN AUFGABEN IM BEZIRK?

Neben den großen Themen wie Wohnen, Schule und Kultur ist die menschenfreundliche Umgebung in den Kiezen wichtig. Und dort spielen Verkehrsberuhigung und Grünflächen eine besondere Rolle. Durch meine Mitgliedschaft im Ausschuss für Grünflächen sehe ich, wie wichtig die Pflege der Straßenbäume und der Parkanlagen ist. Durch die Hitzesommer und die Übernutzung der Parks in der Corona-Zeit haben

die Grünanlagen sehr gelitten und brauchen dringend mehr Hilfe, Personal und Wasser.

### WAS WILLST DU KONKRET BEWIRKEN?

Gerne würde ich die Bewohner\*innen gerade in eng bebauten Straßen Neuköllns zu mehr Mitarbeit bei der Begrünung der Straßenränder und Baumscheiben anregen. Die Hausbesitzer\*innen sollten bei der Begrünung ihrer Hauswände vom Bezirk unterstützt werden, Brachflächen als urbane Nachbarschaftsgärten angeboten werden. Ich wünsche mir konkret für Neukölln, dass das Tempelhofer Feld NICHT bebaut wird, auch nicht an den Rändern und dass endlich Verkehrs-



Foto: Jutta Brennauer

beruhigung im Richardkiez einkehrt, indem die Verbindung zwischen Richardplatz und Karl-Marx-Platz – die sogenannte Schnalle – für den Autoverkehr geschlossen wird.



# UMWELTBILDUNG UND GEMEINSAMES GÄRTNERN

Der Prinzessinnengarten an der Hermannstraße



Foto: Jutta Brennauer

An der Hermannstraße arbeitet seit Anfang 2019 auf dem „Neuen St. Jacobi Friedhof“ das Prinzessinnengarten Kollektiv – ein Ableger der Prinzessinnengärten, die 2009 am Moritzplatz entstanden sind. Es gibt Beete zum gemeinschaftlichen Gärtnern, ein Café und es wurde eine gründliche Bestandsaufnahme der Pflanzen und Tiere erstellt. Das Kollektiv ist Teil des europäischen Edible Cities Network, dem „Essbare

Städte Netzwerk“. Hier entwickeln die Prinzessinnengärten in einem gemeinsamen Forschungsprojekt mit dem Berliner Senat Vorbilder für den „Masterplan Essbare Stadt“. Außerdem ist ein Umweltbildungszentrum geplant, wo – nicht nur – Schüler\*innen lernen können, dass Karotten nicht im Kühlschrank wachsen.

## VORBILDICHE NACHNUTZUNG EINER FRIEDHOFSFLÄCHE

Idealer Partner ist der Evangelische Friedhofsverband Berlin Stadtmitte, der für seine schönen alten Friedhöfe neue Nutzungen als Grünflächen sucht. Da die platzintensiven Sarg-Bestattungen immer seltener werden, können diese innerstädtischen Flächen mit Ablauf von Nutzungs- und Pietätsfristen Schritt für Schritt neu gestaltet werden.

Zur Aufgabe des Prinzessinnengarten Kollektivs gehört daher auch die professionelle Pflege der

verbleibenden Grabfelder, der alten Baumalleen und die Kartierung der besonderen Flora, die sich in den langen Jahren entwickelt hat. Hier leben „verwilderte“ Pflanzen, die vor langer Zeit auf Gräber gepflanzt wurden neben Wildpflanzen, die die Unberührtheit des Standorts nutzen, und Gemüse, das die Nachbarinnen auf Freiflächen anbauen. Diese vorbildliche sozial-ökologische Friedhofsnachnutzung erfordert Behutsamkeit und Zeit. Vom Friedhofsverband hat das Kollektiv einen Nutzungsvertrag für 30 Jahre bekommen – für den eng bebauten Neuköllner Norden ist das eine gute Nachricht.

## ZERSTÖRUNG ABGEWENDET

Die Pläne des CDU-Stadtrats Bernhard Eberenz, früher Mitglied der AfD, den Garten und solcherlei Projekte zu zerstören, sind seit September vom Tisch, auch wenn das eine

oder andere zurückgebaut werden muss. Eine Petition mit über 10.000 Stimmen und die politische Vermittlung von Turgut Altug, unserem fachlich zuständigen Sprecher im Abgeordnetenhaus, haben es möglich gemacht. Der „Coop-Campus – Die Gärtnerei“, ein Projekt für und mit Geflüchteten auf dem Nachbarfriedhof Jerusalem V, musste 2018 leider weichen, weil die Beteiligten aufgrund von Androhungen einer hohen Strafe und unerfüllbaren Auflagen ihren Gemeinschaftsgarten nicht mehr weiterführen konnten. Gut, dass das für den Prinzessinnengarten abgewendet werden konnte.



Susanna Kahlefeld  
MDA, Sprecherin für  
Partizipation, Beteiligung  
und Europa

# WAS ZÄHLT, IST IM KOPF, NICHT AUF DEM KOPF

Für ein Ende der Diskriminierung kopftuchtragender Frauen\* im öffentlichen Dienst

Wir leben in einer Stadt, in der Frauen\* mit Kopftuch in Schulen und Behörden reinigen, in denselben Institutionen aber nicht als Lehrer\*innen, Polizist\*innen oder Richter\*innen arbeiten dürfen.

Grund dafür ist das Berliner Neutralitätsgesetz. Es verbietet Staatsbediensteten das sichtbare Tragen religiöser Symbole. Frauen\* mit Kopftuch müssen sich deshalb zwischen Religion und Beruf entscheiden. Ein solches Berufsverbot passt nicht zu unserer Stadt, finden wir als AG Feminismus der Grünen Neukölln. Wir setzen uns ein für gelebte Vielfalt und die Selbstbestimmung aller Frauen\*.

## Mehrheit für die Abschaffung des Neutralitätsgesetzes

Auf der diesjährigen Frauen\*-Vollversammlung am 25. September, dem

wichtigsten Entscheidungsgremium für Grüne Frauen\* in Berlin, stellten wir als Neuköllner AG gemeinsam mit einem bezirksübergreifenden, feministischen und anti-rassistischen Bündnis von Frauen\* einen Antrag für die Abschaffung des Gesetzes.

Der Antrag wurde mit einer überwältigenden Mehrheit beschlossen. Die Stimmen von Feminist\*innen mit und ohne Kopftuch wurden gehört: „Als eine Frau, die selbst 20 Jahre ein Kopftuch getragen hat, kenne ich die gängelnden, pauschalisierenden und herabsetzenden Zuschreibungen, mit denen kopftuchtragende Frauen\* heute noch immer konfrontiert sind“, sagte beispielsweise die Antidiskriminierungsbeauftragte der Berliner Grünen, Tuba Bozkurt, in ihrer Rede. „Ich habe selbstbestimmt ein Kopftuch getragen. Und es selbstbestimmt wieder abgenommen – so,

wie viele andere Frauen\* selbstbestimmt einen Minirock oder ein Kopftuch tragen, oder eben nicht!“

„Wie können wir per Gesetz pauschal vermuten, dass kopftuchtragende Frauen\* keinen emanzipatorischen Unterricht halten, das Grundgesetz nicht verteidigen oder als Polizist\*innen nicht für unsere Sicherheit sorgen können? Das vertieft Vorurteile und anti-muslimischen Rassismus“, erklärte Filiz Keküllüoğlu-Abdurazak von den Grünen Friedrichshain-Kreuzberg und der berlinweiten AG Bunt-Grün.

## Antidiskriminierung statt vermeintlicher Neutralität

Es stimmt, dass der Staat neutral sein muss und niemanden benachteiligen darf. Doch die Vertreter\*innen des Staates können selbst nie

vollständig neutral sein oder so aussehen. Entscheidend ist, dass sie im Sinne des Grundgesetzes handeln. Es zählt, was sie im und nicht auf dem Kopf haben. Alles andere ist diskriminierend.

Mit dem Antrag haben wir ein Zeichen für Antidiskriminierung gesetzt. Jetzt ist es Aufgabe der Landesebene, sich für die Abschaffung des Neutralitätsgesetzes einzusetzen.

Link zum Antrag:  
<https://gruenlink.de/1u6e>



Irina Herb und Jutta Brennauer,  
AG Feminismus

# PR IST KEINE BETEILIGUNG

Der Karstadt-Umbau geht alle an

„Nicht ohne Euch“ steht in Großbuchstaben auf dem Banner, das am Karstadt am Hermannplatz flattert. Es ist keine Botschaft an die Gläubiger, die im Zuge der jüngst abgeschlossenen Insolvenz auf Forderungen in Höhe von 2 Milliarden Euro verzichtet haben. Erst recht keine an die Beschäftigten aus den Häusern, die im Zuge der Pleite geschlossen werden, darunter die Karstadt-Filiale in den Neuköllner Gropiuspassagen.

Stattdessen wirbt Signa, der Eigentümer von Karstadt-Kaufhof, unter dem Slogan für den Abriss des denkmalgeschützten Gebäudes am Hermannplatz. Entstehen soll ein opulenter Neubau mit einer Fassade nach historischem Vorbild. Anders als in den 1920ern soll hier aber nicht Europas größtes und modernstes Warenhaus entstehen. Stattdessen ist eine sogenannte „Mixed Use“-Immobilie geplant, hinter deren historisierender Kulisse austauschbare Nutzungen Platz finden sollen. Neben der Warenhaus-Nutzung sind dies nach dem Willen der Eigentümer wohl vor allem Büros sowie Hotellerie und Gastronomie. Neue, hochpreisige und damit profitable Nutzungen sollen den Karstadt-Betrieb so künftig subventionieren. Fraglich ist, ob das Konzept Warenhaus auf diese Art wirklich eine Zukunft bekommt.

## FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG LEHNT DAS PROJEKT AB

Anders als der Hermannplatz liegt das Karstadt-Gebäude nicht in Neukölln, sondern in Friedrichshain-Kreuzberg. Die dortige Bezirkspolitik hat dem Vorhaben in dieser Form eine klare Absage erteilt. Das neue Gebäude würde die Bestandsbebauung deutlich überragen und städtebaulich einen Fremdkörper darstellen, der gleichwohl großen Einfluss auf die Entwicklung der umliegenden Kieze nehmen würde. Die Baukosten sowie die angekündigte Querfinanzierung des Karstadt-Betriebs lassen zwangsläufig hohe Mieten und weitere Verdrängungseffekte in den umliegenden Kiezen befürchten. Eine Kritik, die auch die „Initiative Hermannplatz“ teilt, die sich gegründet hat, um gegen Abriss, Aufwertung und Verdrängung zu protestieren. Um Signa zu der gewünschten deutlichen Erhöhung von lukrativ vermietbaren Flächen zu verhelfen, wäre ein Bebauungs-

planverfahren zwingend erforderlich. Nur so könnten hier die knapp 72.000 Quadratmeter Fläche zuzüglich knapp 5.000 Quadratmeter Dachterrasse entstehen.

## KEIN TRANSPARENTER BETEILIGUNGSPROZESS

Die Ablehnung aus Friedrichshain-Kreuzberg hindert Signa nicht daran, die Planungen weiter zu be-



Foto: Ralf Schmidt-Pleschka

treiben. Öffentlich bekennt sich Signa wortgewaltig zu den im letzten Jahr verabschiedeten Berliner Leitlinien zur Bürger\*innen-Beteiligung. Im praktischen Handeln ist davon jedoch nichts zu merken. Schon bei einer der wesentlichen Grundlagen – „Entscheidungsspielraum festlegen und Ergebnisoffenheit garantieren“ – wird das deutlich. Mit „Nicht ohne Euch“ wird stattdessen Beteiligung allenfalls simuliert. Das Motto „Gemeinsam die Zukunft von Karstadt am Hermannplatz gestalten“ gilt offenkundig nur so lange, wie die Interessen von Signa an erster Stelle stehen. Stattdessen werden der Öffentlichkeit in einer PR-Kampagne immer wieder kleine Häppchen hingeworfen, um die Akzeptanz für das Projekt zu erhöhen. So soll inzwischen auch eine Kita

und ein beschaulicher Anteil bezahlbarer Wohnungsbau umgesetzt werden. Dafür hat man sich bereits Partner gesucht, die für die Werbeshow eingespannt werden.

Ein Blick hinter die glamouröse Fassade zeigt schnell, dass substanzielle Änderungen nur in untergeordneten Randbereichen stattgefunden haben. Gesprächs- oder Veränderungsbereitschaft hinsicht-

sammlungen und dem Abgeordnetenhaus zu. Einen Rabatt bei der Umsetzung der Leitlinien der Bürger\*innen-Beteiligung und der Würdigung der vielfältigen fachlichen Bedenken kann es auf diese Weise erst recht nicht geben.

Zielführender wäre es, über den Berliner Tellerrand hinauszublicken. Beispielgebend könnte etwa der Beteiligungsprozess rund um

lich der kritisierten Planungen ist nicht erkennbar, ein ernsthafter fachlicher Austausch über die vielen offenen Fragen ist nicht in Sicht, eine ernstgemeinte Einbeziehung der Interessen der Anwohner\*innen fehlte.

## GEMEINSAM DIE WEICHEN RICHTIG STELLEN

Stattdessen versucht Signa mittlerweile über Umwege zum Ziel zu kommen. Im Zuge der partiellen Rettung von Arbeitsplätzen in anderen Karstadt-Filialen in Berlin soll das Land nun das Verfahren übernehmen. Das haben Signa und Senat in einem sogenannten „Letter of Intent“ so vereinbart. Die Zusage, neues Baurecht zu schaffen, kann damit nicht verbunden sein. Dies steht alleine den Bezirksverordnetenver-

die Neubebauung der sogenannten „Esso-Häuser“ in Hamburg sein. Mit einem kontinuierlichen und ernstgemeinten Beteiligungsverfahren ist es dort gelungen, vermeintlich widerstreitende Interessen zusammenzuführen und gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Dafür braucht es öffentlichen Druck, politischen Willen und unternehmerische Einsicht. Der Hermannplatz braucht kluge Entscheidungen. Noch ist es dafür nicht zu spät.



Jochen Biedermann,  
Stadtrat für Stadtentwicklung, Soziales  
und Bürgerdienste in  
Neukölln

# DIE BEPLANUNG DES RIAS-GELÄNDES IN BRITZ BEGINNT

Sozial und umweltverträglich bauen

Das RIAS-Gelände in Britz war einstmals Ort der Sendetürme für den Sender RIAS. Seit Einstellung des Betriebs und Abbau der Sendemasten liegt das rund 16 Hektar große Gelände zwischen Gradestraße und Britzer Damm im Dornröschenschlaf und wurde Anfang 2018 unsanft geweckt. Der damalige Besitzer ließ ohne Genehmigung Bäume roden und Biotop zerstören. Seither hat der Besitzer abermals gewechselt und der aktuelle Eigentümer plant die Bebauung des Geländes. Es ist schließlich auch eines der letzten größeren zusammenhängenden freien Flächen in Neukölln, die bebaut werden können.

## EIN BESONDERES STÜCK LAND

Das Gelände hat es immer noch in sich: Es ist schwer zugänglich. Nur zwei kleine Wege führen auf das Areal. Zwei Pfuhe bieten vielen Arten Lebensraum, es gibt geschützten Baumbestand und gleich daneben Gewerbe, etwa ein Recyclinghof der BSR mit Sortieranlage sowie ein Chemiehandel. Letzterer führt dazu, dass Teile des Areals gemäß der SEVESO-III-Richtlinie (Schutz der Menschen vor Chemieunfällen) für Wohnbebauung gesperrt sind.

Das Bebauungsplanverfahren für das frühere RIAS-Gelände läuft an. Aktuell sind mehrere Planungs-



Foto: Jan Stiermann

büros im Rahmen eines Werkstattverfahrens beauftragt, erste planerische Grundlagen für die Bebauung zu entwickeln.

## BEZAHLBAREN WOHNRAUM SCHAFFEN

Für uns Grüne in Neukölln ist klar: Dort, wo Wohnbebauung in unserem dicht besiedelten Bezirk möglich ist, soll diese auch sozial- und umweltverträglich errichtet werden. Mindestens 30 Prozent der Wohnungen sollen unserem Willen nach kostengünstig für Menschen mit geringem Einkommen angeboten werden. Zudem wollen wir den Schutz des bestehenden Gewerbes. Daher muss ein Übergang zwischen Gewerbe und Wohnen sichergestellt werden. Vorstellbar sind hier

Büros oder andere nicht lärm- und geruchsintensive Betriebe.

Dort, wo Menschen leben, braucht es Versorgungsmöglichkeiten und verkehrliche Anbindung. Reichen die Kitas und Schulen in der Nähe? Wie soll der Verkehrsfluss geregelt werden? Wir machen uns stark dafür, diese sozialen und verkehrlichen Fragen schon im Vorfeld zu klären.

## REGENWASSER GEZIELT NUTZEN

Natürlich ist auch die Ökologie zu beachten. Wohnbebauung heißt auch immer Flächenversiegelung und damit Verlust von Versickerungsflächen und hier konkret von Wiesen sowie Baumbestand. Die Pfuhe leiden aufgrund der trock-

nen Sommer unter Wassermangel, ein intelligentes Regenwassermanagement für die Gebäude kann eine Lösung für die Pfuhe sein. Auch ist der Schutz der Bäume und ökologisch wertvollen Wiesenflächen konzeptionell zu berücksichtigen.

Es gilt, eine gute Lösung mit Beachtung aller Aspekte zu erarbeiten. Wir Grüne Neukölln wollen die Erstellung des Bebauungsplans begleiten, kritisch und konstruktiv.



Jan Stiermann,  
AG Südneukölln

## IMPRESSUM

**Bündnis 90/Die Grünen  
Kreisverband Neukölln  
Redaktionsadresse:**

Neuköllner Stachel  
Bündnis 90/Die Grünen  
Neukölln  
Berthelsdorfer Straße 9  
12043 Berlin

**V.i.S.d.P.:**  
Ralf Schmidt-Pleschka

**Mitarbeiter\*innen dieser Ausgabe:**

Andreas Audretsch, Jochen Biedermann, Jutta Brennauer, Saskia Ellenbeck, Philmon Ghirmai, Regine Günther, Irina Herb, Christian Hoffmann, Susanna Kahlefeld, Anja Kofbinger, Georg P. Kössler, Arndt Leininger, Lisa Müller, Viola Muster, Sami Nenno, Philine Niethammer, Ralf Schmidt-Pleschka, André Schulze, Christine Spannagel, Tjardo Stemmermann, Jan Stiermann, Vivian Weitzl

**Gestaltung & Layout:**

Ulrike Cymek

**Druck:**

BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

**Auflage:** 20.000

**Vorstandssprecher\*innen:**

Philmon Ghirmai, Vivian Weitzl

**Internet:**

www.gruene-neukoelln.de

**Mail:**

stachel@gruene-neukoelln.de

Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln wieder. Für mit Namen gekennzeichnete Beiträge übernimmt die\*der jeweilige Autor\*in die Verantwortung.

## CLUBKULTUR IST KULTUR!

Aber wie kann diese Kultur durch die Pandemie gerettet werden?

Die Berliner Clubs sind globales Aushängeschild der Stadt und gleichzeitig Teil der kulturellen Grundversorgung für viele Berliner\*innen. Zudem ist die Szene mit über 9.000 Angestellten eine große Arbeitgeberin, welche rund 1,5 Mrd. Euro für die Stadt erwirtschaftet. Neben den bekannten Technoclubs existiert ein ganzes Spektrum an verschiedenen Musikrichtungen.

Doch die Clubs sind in Bedrängnis: Waren sie zuvor schon durch steigende Mieten oder Klagen über Lärm von der Schließung bedroht, so sind sie nun während der globalen COVID-19-Pandemie auf unbestimmte Zeit geschlossen. Die Clubs waren die Ersten, die schließen mussten, und sind wohl auch die Letzten, die wieder öffnen werden.

**KEINE VERGNÜGUNGSTÄTTEN** Clubs wurden bisher lediglich als „Vergnügungstättchen“ gewertet und damit Bordellen und Casinos gleichgestellt, obwohl sie oft gut geführte Unternehmen sind, die

zugleich Kultur und soziale Schutzräume anbieten. Das soll sich nun ändern: Auf meine Initiative hin hat die rot-rot-grüne Koalition im Berliner Abgeordnetenhaus den Antrag eingebracht, Clubs in Berlin als Kulturstätten offiziell anzuerkennen.

Damit bekommen Clubs endlich die Anerkennung, die sie verdient haben! Sie können sich auf mehr Förderprogramme bewerben, bekommen steuerliche Vergünstigungen (das Berghain hat dies im Einzelfall bereits erstritten) und werden im Baurecht gestärkt. Mit dem Antrag gehen wir einen wichtigen Schritt, um den Clubs bei ihren vielen Herausforderungen zu helfen.

### CORONAHILFEN STATT CORONAPARTY

Die Clubs sind durch die Corona-Pandemie wirtschaftlich stark angeschlagen. Um sie durch diese schwere Zeit zu bringen, wurden mehrere Programme von der Grünen Wirtschaftssenatorin Ramona

Pop auf den Weg gebracht: zinslose Darlehen, Kredite, Tilgungszuschläge und Mietzuschüsse. Zudem gab es im Frühjahr eine unkomplizierte Soforthilfe von bis zu 5.000 Euro für Selbstständige, zu denen auch viele Künstler\*innen aus der Berliner Clubszene gehören.

Im Rahmen der „Soforthilfe IV“ wurde nun ein Fördertopf für Kulturbetriebe aufgelegt, wovon Clubs einen großen Teil von 10 Mio. Euro pro Quartal abbekommen. Das Geld wird auf Antrag als Zuschuss ausgegeben und das Programm regelmäßig nachjustiert, damit keine Clubs durchs Raster fallen.

### FEIERN MUSS ERLAUBT SEIN – MIT REGELN!

Bis Partys wieder in den Clubs stattfinden können, sind lediglich in Außenbereichen Raves mit Maske erlaubt. Ich persönlich habe mich nach einigen Tracks schnell daran gewöhnt.

Doch weil der Feierdrang hoch und die Bezirke unwillig sind, die

schon lange versprochenen legalen Open Airs zu ermöglichen, obwohl man dort die Lärm-, Abfall- und Hygienevorschriften viel besser kontrollieren könnte, gibt es auch illegale Partys. Diese haben jedoch oft schlimme Auswirkungen für das Stadtgrün und Anwohnende. Dafür sind aber nicht die Clubs verantwortlich, denen wir durch die Krise helfen müssen, damit dieser wichtige Teil der Berliner Kultur und Wirtschaft nicht dauerhaft verloren geht. Bis dahin gilt: Wenn alle auf die AHA-Regeln achten, dann können wir zumindest im Freien etwas von der Kunst erleben, für die Berlin weltbekannt ist.



Georg Kössler  
MDA, Sprecher  
für Klima- und  
Umweltpolitik,  
Eine-Welt-Politik  
und Clubkultur

## DREI FRAGEN AN...

Ozan Zakariya Keskinliç und Armin Langer von Salaam-Schalom



Foto: Hatice Kahraman

### WARUM ENGAGIERT IHR EUCH BEI SALAAM-SCHALOM?

Sowohl Juden als auch Muslime werden in Deutschland oft zu Fremden gemacht – wie auch viele andere Minderheiten, die nicht als zugehörig zur deutschen Nation wahrgenommen werden. Zusammen können wir besser auf diese Andersmacherei reagieren. Leider versuchen viele, Minderheiten gegeneinander auszuspielen. Sowohl der Antisemitismus als auch der anti-muslimische Rassismus müssen gesamtgesellschaft-

lich bekämpft werden. Statt Juden und Muslime gegeneinander auszuspielen, brauchen wir eine neue Form der Solidarität, nicht nur mit, sondern auch unter marginalisierten Gruppen. Unser Weg zu einer gerechten Gesellschaft ist gesellschaftliche Teilhabe und soziales Engagement. Wenn die Gesellschaft nach rechts rückt, müssen wir uns verbünden und unsere Stimme gegen diese Entwicklung erheben.

### WIE WIRD EURE ARBEIT IN NEUKÖLLN AUFGENOMMEN?

Die Salaam-Schalom-Initiative haben wir 2013 als Statement gegen angebliche No-Go-Areas für Juden in Neukölln gegründet. Die Diskussion in Berlin um sogenannte No-Go-Areas, in denen Juden angefeindet werden, sieht bestimmte Gruppen, insbesondere Muslime, automatisch als die alleinigen Träger von Antisemitismus. Wir sollten darauf achten, dass wir keine Gruppe unter Generalverdacht stellen, wie das auch in der aktuellen Diskussion um die

sogenannte Clankriminalität häufig passiert. Seit unserem Bestehen haben wir uns in diversen migrantischen und gesellschaftspolitischen Netzwerken involviert, aber auch mit religiösen Verbänden und Einrichtungen kooperiert, um uns gemeinsam für einen Bezirk und eine Stadt einzusetzen, in denen jede\*r, unabhängig von religiöser Überzeugung und Praxis, friedlich leben kann. Zur Selbstverwirklichung von religiösen Minderheiten gehört auch die Abschaffung des Berliner Neutralitätsgesetzes, das insbesondere muslimische Frauen, die ein Kopftuch tragen, daran hindert, sich in Neukölln und Berlin zu verwirklichen. Außerdem bräuchten wir mehr Einsatz seitens der Politik gegen Rechtsextremismus, der in Neukölln insbesondere das Leben von migrantischen Communities und ihren Verbündeten gefährdet.

### WELCHE HOFFUNGEN UND WÜNSCHE HABT IHR FÜR DIE ZUKUNFT?

Wir sind seit Jahren offizieller Allianzpartner des Vereins „Neue Deutsche Organisationen“, wo wir uns für antirassistische Forderungen und Anliegen, Gleichstellungsdaten, Repräsentation und Teilhabe einbringen. Sonst haben wir in der letzten Zeit zahlreiche Workshops zu Antisemitismus und anti-muslimischem Rassismus organisiert. Wir kriegen Anerkennung von vielen, haben mehrere Preise gewonnen – aber gleichzeitig stoßen wir ständig auf Widerstände. Doch wir sehen keine Alternative, besonders nicht zu einer Zeit des gesellschaftlichen Rechtsrucks.

Armin Langer promoviert in Soziologie und ist Rabbinerstudent am Reconstructionist Rabbinical College in Philadelphia.

Ozan Zakariya Keskinliç promoviert in Politikwissenschaften und ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin.